

Hallo liebe Mitglieder,

hier nun die wahrscheinlich von Vielen mit Spannung erwartete und doch recht lange Zusammenfassung unseres Gespräches mit Bürgermeister Martus gestern um 14 Uhr.

Vorneweg möchte ich klar stellen, dass dieses Gespräch im gesamten als positiv und konstruktiv angesehen werden kann, obwohl wir in einigen Teilen unzufrieden sind, da wir unsere Forderungen nicht so durchsetzen konnten, wie wir uns das im Vorfeld des Gespräches erhofft hatten.

Bürgermeister Martus blieb in dem Gespräch bei seiner Argumentation, dass die Hundesteuererhöhung zur Erziehung der Hundehalter erfolgt ist, und bedauert, dass alle Hundehalter über ein Kamm geschoren werden und somit auch Unschuldige darunter leiden müssen. Herr Martus bereinigt die Zahl der Hundehalter auf 605 in Philippsburg, sprach von einem bedauerlichen Übertragungsfehler, und räumt zusätzlich ein, noch keinerlei Kosten durch Impfungen gehabt zu haben. Auf die Forderung von uns, auf die somit falschen Informationen seine Briefes im Stadtanzeiger öffentlich zu reagieren bot er eine gemeinsame Presseerklärung gegenüber den Badischen Neusten Nachrichten an, die wir akzeptiert haben.

Bürgermeister Martus konkretisierte zwar einzeln seine Argumentation bezüglich der entstandenen Kosten, überzeugen konnte er uns hier aber noch nicht. Erfreulich war in diesem Zusammenhang, dass wir nun eine wage Vorstellung haben wie die Stadt die Kosten gerne ansetzen würde, oder zurzeit auch tut, und somit uns die Möglichkeit gibt, hier objektiv eventuelle Rechtsmängel zu prüfen.

Es war gestern nicht zu erwarten, und auch nicht unser vorrangiges Ziel, eine inhaltliche Einigung über die Hundesteuererhöhung zu erzielen. Ziel war es vielmehr, die weiteren Verfahrensabläufe abzustimmen, um den Aufwand für jedes einzelne Mitglied so klein wie möglich zu halten. Hier ist es uns gelungen, einen Teilerfolg zu erringen. Wir haben es zwar erreicht, dass die Widerspruchsverfahren durch 2 Musterverfahren für alle durchfochten werden können, und somit nicht jeder Einzelne das kostenpflichtige Verfahren (zwischen 60 und 100 € pro Verfahren) bei der Rechtsaufsichtsbehörde durchlaufen muss, eine angebotene Teilzahlung der Hundesteuer wurde durch die Gemeinde aus in Teilen nachvollziehbaren Gründen der Steuergleichheit und Steuergerechtigkeit abgelehnt. Einziges Angebot der Stadt war, eine Ratenzahlung für sozial Schwache anzubieten, mehr dazu gleich weiter unten im Text.

Nach Beratungen im Vorstand im Anschluss an das Gespräch haben wir uns auf folgende weiter Vorgehensweise als Empfehlung für unsere Mitglieder geeinigt:

Jeder Einzelne der Widerspruch gegen seinen Hundesteuerbescheid eingelegt hat, soll einen Antrag auf ein vorübergehendes Ruhen seines Widerspruches stellen, somit bleibt der Widerspruch rechtlich bestehen, wird aber bis zum Ausgang der Musterverfahren nicht weiter bearbeitet, und das Ergebnis der Musterverfahren wird kostenfrei übernommen.

Vorlagen für diesen Antrag werden noch heute auf der Homepage zum Download bereitgestellt.

Durch die ablehnende Haltung der Stadt bezüglich der Teilzahlung, bleibt uns nichts anderes übrig, als Ihnen eine Zahlung **der vollen Hundesteuer** zu empfehlen, alle anderen Vorgehensweisen werden höhere Kosten wie Säumniszuschläge und eventuelle Ordnungsgelder nach sich ziehen. Diese Zahlung wird unter Vorbehalt erfolgen, eine dazugehörige Erklärung wird auf dem Musterantrag enthalten sein. Hier hätten wir Ihnen gerne eine andere Lösung präsentiert, was aber ein Entgegenkommen der Stadt vorausgesetzt hätte.

Für sozial Schwache, die sich eine Einmalzahlung der fälligen Hundesteuer nicht leisten können, bietet die Stadt individuelle Lösungen in Form von Ratenzahlung an, die Stadt behält sich jedoch vor, die Bedürftigkeit unproblematisch aber angemessen zu kontrollieren. Wer nicht selbst auf dem Amt vorsprechen möchte, kann gerne die Vorstandschaft als Vermittler einbeziehen.

Herr Ams und ich werden als Beschwerdeführer unsere beiden Widersprüche als Musterverfahren für alle durchführen, wobei hier von einer Verfahrensdauer von 3-6 Monaten ausgegangen werden kann. Dies gibt uns jetzt die nötige Zeit, die inhaltliche Diskussion in der Öffentlichkeit weiter voran zu treiben, wozu unser Treffen am 18. Februar wichtig zur Erarbeitung dieser Inhalte ist.

Wir haben uns mit Bürgermeister Martus darauf verständigt, gemeinsam nach Problemlösungen der Hundekotverschmutzungen zu suchen, hier sind jetzt alle gefragt, sich konstruktiv in die weitere Diskussion einzubringen.

Liebe Mitglieder, uns war von vorneherein klar, dass zur Durchführung von Änderungen in unserer politischen Gemeinde viele steinige und langwierige Wege zu gehen sind, und wir uns erst am Anfang dieses Weges befinden. Uns muss aber genauso klar sein, dass wir diesen Weg nur gemeinsam gehen können und wir, der Vorstand, weiter Ihre Unterstützung benötigt.

Werben Sie weiter für unsere gemeinsame Sache, denn nur so wird unser Wort in der Öffentlichkeit so stark, dass es richtig gehört wird.

Ein kleiner Hinweis noch, die Stadt hat gestern im Gespräch anklingen lassen, zur Durchsetzung der Steuergerechtigkeit ein Privatunternehmen zur Aufstöberung nicht angemeldeter Hunde zu beauftragen. Dies wurde natürlich von Seiten Pro Hund Philippsburg e.V. begrüßt. Wir weisen nochmals mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass das Nichtanmelden von Hunden kein Kavaliersdelikt, sondern Steuerhinterziehung ist.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Walther
1. Vorsitzender

PS: Nach meiner sicher belustigenden Schreibweise des Wortes Forderungen in meiner Mail gestern Abend (ich bin regelrecht rot geworden wo es mir aufgefallen ist) bedanke ich mich recht herzlich für die vielen netten Zuschriften und auch Tipps bezüglich der Rechtschreibprüfung. Natürlich war dieser Fehler absichtlich eingebaut um Ihre volle Aufmerksamkeit zu erlangen ☺☺☺